



Martin Rabanus

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher für Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Reisebericht

Fach- und Planungskonferenz des Referats Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung, Naivasha/Kenia 20.-24.2.2017

Einführung:

Seit vier Jahrzehnten engagiert sich die Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem afrikanischen Kontinent und vertritt mit ihrer Arbeit die Werte der sozialen Demokratie in Afrika. Ihr Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und internationale Solidarität, zusammen mit langjährigen partnerschaftlichen Beziehungen zu politischen Parteien, Parlamenten, Gewerkschaften, Medien, zivilgesellschaftlichen Gruppen, fördert den politischen Austausch zwischen den afrikanischen Staaten, Deutschland und Europa.

In regelmäßigen Abständen werden von der Friedrich-Ebert-Stiftung Planungskonferenzen organisiert, um die Arbeit der 20 FES-Auslandsbüros, die über den afrikanischen Kontinent verteilt ihrer Arbeit nachgehen, aufzugreifen und in einem Analyse- und Diskussionsprozess die Weichen für das zukünftige Engagement für die Werte der sozialen Demokratie zu stellen.

Die zurückliegende Fach- und Planungskonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 22.-24. Februar 2017 fand im kenianischen Naivasha statt. Die Stadt, etwa zwei Autostunden nordwestlich von der Hauptstadt Nairobi gelegen, hat rund 182.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Hauptwirtschaftszweige sind die Landwirtschaft und der Tourismus.

Im Mittelpunkt der Fach- und Planungskonferenz standen aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent wie Flucht und Migration; Frieden und Sicherheit; demokratische Entwicklungen; die Afrikapolitik der Bundesregierung aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion sowie die generelle politische und wirtschaftliche Lage im ostafrikanischen Kenia vor den landesweiten Wahlen Ende 2017.

Das Feld der Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfasste die Büroleiterinnen und Büroleiter der FES in den afrikanischen Auslandsbüros und aus den FES-Standorten Bonn und Berlin, Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, dem SPD-Parteivorstand sowie Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen im Kontext von Wissenschaft, Forschung, Verteidigung, Politikberatung, Migration, Wirtschaft und den internationaler Zusammenarbeit.

Im Rahmen der Konferenz wurden die zu diskutierenden Themen in Form von Podiumsdiskussionen thematisiert. Auf die jeweiligen Diskussionsrunden mit geladenen Referentinnen und Referenten aus den Fachbereichen folgten offene Diskussionsrunden.

Der Anreisetag stand im Zeichen der Begrüßung und Einführung in die Konferenz durch den Vorsitzenden der Friederich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck, sowie den Leiter des Referats Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Manfred Öhm. In ihren Ausführungen umrissen sie die wichtige Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Ländern des afrikanischen Kontinents und fokussierten auf die vor uns liegenden Herausforderungen, bei deren Bewältigung die FES den Menschen in Afrika unterstützend zur Seite stehen will. Der Eröffnung folgten ein abendliches Zusammentreffen aller angereisten Gäste und erste Gespräche.

Der zweite Konferenztag wurde mit einer Podiumsdiskussion zum Thema Flucht und Migration eröffnet. Unter der Überschrift „Taking off the gloves – the EU’s new approach on migration and their impact on the African continent“ tauschten sich Dr. Thorsten Clausing, Leiter der Abteilung für Frieden und Sicherheit der EU-Delegation bei der Afrikanischen Union; Prof. Loren B. Landau, Leiter des Afrikanischen Zentrums für Migration und Gesellschaft der Wits-Universität in Johannesburg; Caroline Njuki, leitende Programmkoordinatorin im Regionalsekretariat für Zwangsvertreibung und gemischte Migration der zwischen staatlichen Behörde sowie Christoph Strässer, MdB, Leiter des Gesprächskreises Afrika und Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages über das Thema Migration aus, welches in den deutschen und europäischen Medien zu diesem Zeitpunkt so stark präsent war, wie kaum ein anderes. Unter anderem wurden die verschiedenen und teils stark diametralen Sichtweisen der Menschen in Afrika wie Europa auf das Thema Migration dargestellt. Während Migration aus europäischer Sicht eher negativ konnotiert ist und als Bedrohung für den wirtschaftlichen und kulturellen Status Quo verbunden begriffen wird, ist die afrikanischen Sicht auf Migration eine eher

positive: hier stehen vor allem individuelle Bildungs- und Berufschancen sowie sich daran anschließende ökonomische Sicherheit und Transferleistungen in die afrikanischen Herkunftsländer im Vordergrund.

Zudem sind die historisch bedingten Assoziationen mit Migration teils grundverschieden. In Europa wird sie mit den katastrophalen Folgen von Kriegen verbunden, während es in vielen Teilen Afrikas als historisches und aktuelles, tagtägliches Phänomen verstanden wird. Das erschwert eine gemeinsame Herangehensweise europäischer und afrikanischer Akteure an die Herausforderung Migration.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen deshalb neben migrationsfördernden Bedingungen auf lokaler Ebene vor allem auch externe Faktoren, wie die Folgen militärischer Interventionen (bspw. Libyen) oder internationaler Finanzinstitutionen und deren Vorgaben. Auch die europäische Außenhandelspolitik und ihre Auswirkungen auf die Binnenökonomie einzelner Staaten Afrikas wurde kritisch hinterfragt und die Infragestellung der bekannten internationalen Ordnung durch die aktuelle US-Administration und daraus resultierenden Möglichkeiten bisherige Abhängigkeiten aufzubrechen wurden thematisiert.

Die Zusammenarbeit mit Staaten Nord-, West- und Ostafrikas, die Demokratiedefizite haben und daher keine präferierten Partner zur Lösung der Flüchtlingsbewegungen nach Europa waren, wird auf Grund der großen Aufgaben bei Grenzsicherung und Risikomanagement dennoch als unausweichlich erachtet.

In der Paneldebatte wurde kritisiert, dass migrationspolitische Soforthilfen aus bereits bewilligten Mitteln des European Development Fund herausgenommen wurden und nun für mittelfristig angelegte Entwicklungsprogramme fehlen, die die Bekämpfung struktureller Fluchtursachen abzielen. Die hohe mediale Aufmerksamkeit in Europa birgt zudem die Gefahr, dass Fragen der Entwicklungspolitik durch migrationspolitische Aspekte überlagert oder gar durch jene determiniert würden. In der Diskussion wurde die Forderung aufgestellt, dass Akteure der sozialen Demokratie die Aufgabe haben, dem durch aktive Aufklärungsarbeit in Europa entgegenzuwirken und jenseits von Angstpolitik wirtschaftliche und sozialstrukturelle Entwicklungsoptionen für die Länder auf dem afrikanischen Kontinent aufzuzeigen.

Im zweiten Panel der Konferenz standen die Themen Sicherheit und Frieden im Mittelpunkt. Unter dem Titel „Between APSA and a hard place? – Perspectives on institutional, procedural and perceptual challenges of managing conflict in Africa“, diskutierten Botschafter Hiruy Ammanuel, Leitender Berater im Büro des Sondergesandten der Vereinten Nationen für Südsudan und Sudan; Dr. Thorsten Clausing Leiter der Abteilung für Frieden und Sicherheit der EU-Delegation bei der Afrikanischen Union; Raheemat O. Momodu, Leiterin des Verbindungsbüros der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft bei der Afrikanischen Union sowie Henrik Maihack von der FES in Sudan.

Am Beispiel der aktuellen Entwicklungen in Südsudan wurde deutlich gemacht, welche Faktoren positiven Einfluss bis hin zu langfristigen Lösungen für humanitäre, militärische und politische Krisen, wie die in Südsudan, haben können.

Die Fakten dieses Konflikts im Herzen Afrikas mit 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – von denen die Hälfte auf der Flucht ist; 1,5 Millionen registrierten Binnenflüchtlingen; 17.000 UN-Peacekeepers vor Ort und weit entlegene Konfliktherde, machen deutlich, wie schwer eine umfassende Strategie zur Lösung zu finden ist. Hinzu kommen divergierende Interessen der Nachbarländer, fehlende politische Lösungsansätze tragen ihrerseits zur schwierigen Gesamtlage bei.

Bisherige Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien, beispielsweise hinsichtlich der Ölverkäufe des rohstoffreichen Landes, sind durch globale Verwicklungen (Ölpreisverfall) hinfällig geworden und tragen nicht im anfangs gehofften Maße zur Gesamtlösung bei.

In der Diskussion wurde unter anderem deutlich, dass politische Ansätze für eine Gesamtlösung, beispielsweise die im Jahr 2004 von der Afrikanischen Union (AU) ins Leben gerufene Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture, APSA) mit zentralen Instrumenten für Konfliktprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung nicht angemessen ausgefüllt sind um zu wirken. Sie enthielten keine funktionierenden Mechanismen zur Herstellung einer „kollektiven Sicherheit“, für alle beteiligten Konfliktparteien. Auch fehlten Ansätze, um so genannte „failed states“ wieder aufzubauen bzw. neu zu gründen. Weiterhin steht

auch die Einbeziehung von Milizen in den Diskussionsprozess, als Teil der APSA, zur Lösung von Konflikten aus.

Die UN-Peacekeepers, beauftragt mit der Überwachung der Konfliktsituation in Südsudan, sind nicht angemessen für ihre Aufgaben vor Ort ausgerüstet und politische Lösungen scheiterten bisher an den divergierenden Interessen der Nachbarstaaten, die den Konflikt auch als Stellvertreterkonflikt nutzen. Daher muss es das Ziel sein, so die Diskutanten, allen Konfliktparteien deutlich zu machen, welche Folgen der anhaltende, und auch von außen befeuerte Konflikt, für die Sicherheitssituation und weitere Entwicklung der involvierten Nachbarstaaten und die gesamte Region hat. Zeitgleich sollte „inclusive governance“ dazu dienen, vor allem die Vorteile einer friedlichen Lösung für alle Konfliktparteien aufzuzeigen. Zudem stehen einer langfristigen Perspektive auch die mangelnden Aussichten auf ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für die vom Konflikt betroffenen Menschen in der Region entgegen. In der Diskussion wurde betont, dass nur eine engere Zusammenarbeit von UN, AU sowie der ostafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft IGAD eine Konfliktlösung möglich machen wird. Im Kern dieser Zusammenarbeit sollten Krisenprävention in Ostafrika sowie das Management von Grenzaktivitäten stehen. Zudem müssten die unterschiedlichen Haltungen innerhalb der AU mit Blick auf den Konflikt moderiert werden und eine flexible und nachhaltige Finanzierung sichergestellt werden. Zudem sollte der Schwerpunkt der Zusammenarbeit in der Zukunft mehr auf Krisenprävention als auf der Bewältigung von akuten Konflikten liegen.

Die Europäische Union führt die Debatte um die Konfliktlösung in Ostafrika vor allem mit Blick auf Finanzierungsmodelle, begleitend zum Engagement von AU, UN und anderen, die sinnvoll und angebracht sind. Den Faktoren *African Standby Force* (ASF) und den *Early Warning Components* wird insgesamt eine besondere Bedeutung beigemessen. Auch die EU favorisiert die Zusammenarbeit mit der AU und weiteren Akteuren an einer Präventionsstrategie statt der meist überhasteten Reaktion auf bereits ausgebrochene Konflikte. Weitere Podiumsgäste stimmten einer koordinierten Vorgehensweise der ausländischen Geldgeber zu.

In der abschließenden Fragerunde wurde deutlich gemacht, dass APSA grundsätzlich funktioniert, doch die langfristigen Ergebnisse der Vereinbarungen nicht immer hält, was man sich an-

fangs davon erhoffte. Mit Blick auf das wachsende Interesse von Ländern außerhalb Afrikas, Militärstützpunkte in afrikanischen Staaten aufzubauen, könnte die APSA an Bedeutung für zukünftige Konfliktbeilegung und -prävention gewinnen. Weiterhin wurde darauf verwiesen, die in der EU etablierten Modelle für zivile Krisenprävention, in Anlehnung an die Handhabung des Auswärtigen Amtes, als Chance zu nutzen, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen EU und AU in den Bereichen Krisenmanagement und Konfliktprävention zu erreichen.

Die dritte Podiumsdiskussion der Konferenz stand im Zeichen der Demokratie und fokussierte die Beziehung zwischen demokratischen Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Weiterhin wollten die Diskutanten Antworten darauf geben, wie demokratische Institutionen wieder Vertrauen zurückgewinnen können. Der Titel des Podiums lautete: „Democratic disconnect: How to restore citizen's trust in democratic institutions?“. Am Podium nahmen teil: Professor Steven Friedman, Direktor des Zentrums für Demokratiestudien an der Rhodes-Universität und der Universität von Johannesburg; Edith Kahbang Walla, Vorsitzende der Partei Cameroon People's Party sowie Dr. Ulrich Golaszinski von der FES in Botswana.

Die Politikerin und Aktivistin Edith Kahbang Walla stellte eingangs fest, dass sich viele Menschen in den Ländern Afrikas nicht von der Demokratie verabschiedet hätten, sondern sind von den herrschenden Eliten von der politischen Teilhabe ausgeschlossen worden. Diese Ausgeschlossenen suchten sich nun andere Wege und Kanäle, um ihrem Willen nach politischer Mitgestaltung Nachdruck zu verleihen. In diesem Prozess müssen die Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden, damit ihre Forderungen adäquat formuliert und adressiert werden um die vorhandenen politischen Prozesse effizient nutzen zu können und damit Synergien nicht verloren gehen. Nur so können die unterschiedlichen Gruppierungen auf kommunaler und nationaler Ebene Veränderungen erreichen.

Die Rückeroberung von demokratischem Raum durch die (Neu)-organisation von verstreuten Interessen ganzer Bevölkerungsgruppen wurde als wichtiger Faktor zur Erreichung von mehr politischer Teilhabe identifiziert. Daher sind die Protestbewegungen, vor allem von jungen Menschen, in vielen Regionen Afrikas ein wichtiger Beitrag zur Rückeroberung demokratischer Räume, denn sie zeigen den Willen zur Mitgestaltung und die dafür nötige Organisation von Gruppen und Interessen. Dennoch, so Prof. Stephen Friedman, kann dieser Protest nicht die institutionalisierten

Formen bürgerlichen Engagements („routinized collective actions“ bspw. die Organisation in Parteien) nicht ersetzen. Die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von demokratischen Institutionen ist ebenso eine unmittelbare Folge der Handlungen der politischen Eliten welche kurz nach den Unabhängigkeitserrungen auf dem Kontinent im 20. Jahrhundert. Sie fühlten sich nicht rechenschaftspflichtig gegenüber der Bevölkerung. Daher kam die Aufgabe politischer Fortschritte und Veränderungen kleinen, oppositionellen Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft zu. In der nächsten Zeit geht es vor allem darum, breite Bevölkerungsbewegungen zu organisieren. Diese Bewegungen sollten zudem die sozialen und ökonomischen Probleme der Bevölkerung adressieren, um breite Zustimmung und somit demokratische Macht zu generieren.

Aus Sicht des FES-Vertreters auf dem Podium wurde vielerorts die Bevölkerung zum „Konsumenten von Politik“ degradiert, jedoch nicht als demokratischer Gestalter ernst genommen. Einer umfassenden Repräsentation und einem breiten demokratischen Engagement müssen soziale und ökonomische Gleichheit vorausgehen. Exklusion, Ungleichheit und soziale Desintegration bedrohen demokratische Einrichtungen oder verhindern deren Entstehung. Was auch erklärt, warum auch viele autokratische Herrscher verschiedener afrikanischer Staaten nach dem Grundsatz „teile und herrsche“ regierten, soziale Gruppen gegeneinander ausspielten, die Zivilgesellschaft spalteten und somit basisdemokratischen Bewegungen den Nährboden zum Wachsen entzogen. Nicht nur in Afrikas Staaten ist dieses bewährte Prinzip von herrschenden Eliten und Autokraten angewendet worden und hat nachhaltigen Schaden angerichtet.

Mit Blick auf die in vielen Ländern noch jungen Demokratien und demokratischen Bewegungen ist es wichtig, sie in ihrer Vernetzung zu unterstützen. Im sich bietenden Umfeld neoliberalen Handelns auf der einen Seite und antidemokratisch agierenden Eliten und Autokraten auf der anderen Seite ist es für die Zukunft des Kontinents, seiner ökonomischen und sozialen Entwicklung und schließlich für die Sicherheitsarchitektur immens wichtig, den Austausch untereinander und die Vernetzung dieser Bewegungen in den verschiedenen Ländern und Regionen zu fördern.

Das vierte und zugleich letzte Panel der Konferenz widmete sich den Themen Handel und wirtschaftliche Transformation. Unter dem Titel „The politics of policy: product diversification, competitiveness and trade facilitation in sub-Saharan Africa“ diskutierten Dr. Yaw Ansu, Chefökonom

am Afrikanischen Zentrum für Wirtschaftliche Transformation und Kwame Owino, Leitender Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftsfragen.

In den Ausführungen wurde deutlich, dass afrikanische Volkswirtschaften kein Problem mit der Integration in internationale Handelsstrukturen haben, sondern damit, dass die in afrikanischen Ländern geförderten und gewonnenen Rohstoffe zumeist un- bzw. wenig verarbeitet exportiert werden. Die Weiterverarbeitung und Wertschöpfung geschieht demnach in anderen Staaten außerhalb Afrikas. Das niedrige technologische Niveau der afrikanischen Exportwirtschaften verhindert daher eine stärkere Beteiligung am Gewinn aus dem internationalen Handel, da die Staaten sich genötigt sehen, Rohstoffe zu exportieren, statt sie selbst weiter zu verarbeiten. Die in anderen Staaten außerhalb Afrikas erfolgreich durchgeführte Industrialisierung beruht grundsätzlich auf einem sehr ähnlichen Muster: Importschutz für einheimische Branchen, Exportförderung, „Reverse Engineering“ in Form von Kopie oder Nachahmung und aktive Industriepolitik. Dieser anzustrebenden und zugleich nötigen Schrittfolge stehen neoliberale Interventionen entgegen, die vor allem über die Welthandelsorganisation (WTO) an die Staaten Afrikas herangetragen oder vielmehr aufgezwungen werden. Denn diese Regelungen, die eine Entwicklung einer starken Industrie in afrikanischen Staaten verhindern, setzen unter anderem voraus, dass Afrikas Staaten sich zu einem Zeitpunkt für den internationalen Handel öffnen, wo heimische Industrien und andere Wirtschaftsbereiche zunächst Schutz vor internationaler Konkurrenz bräuchten. In Form von „aid for trade“-Verträgen und den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen „Economic Partnership Agreement“ (EPA) mit der Europäischen Union werden den Volkswirtschaften Afrikas viele Möglichkeiten zur Etablierung einer selbstbestimmten und an den Interessen und Bedürfnissen des jeweiligen Landes ausgerichteten Wirtschafts- und Handelspolitik genommen.

Die Bundestagsabgeordnete Gabi Weber war an der Podiumsdiskussion zum Thema der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen in Kenia beteiligt. Schwerpunkt der Diskussion war der bestehende ethnische Konflikt im Land, der sowohl Einfluss auf die Wahlen als auch auf die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung im Land hat. Es wurde erörtert, wie die Wahlen unabhängiger vom bislang stark dominierenden Einfluss der Ethnien durchgeführt werden können. Zudem wurde klargestellt, dass es wichtig ist, einen Austausch mit den politischen Führungskräften im Land zu pflegen. Hier muss der Fokus auf die politischen Inhalte, die Förderung der Demokratie, Toleranz zwischen den Ethnien sowie

eine gewaltfreie Gesellschaft gelegt werden. Dafür wurden regelmäßige Treffen mit den kenianischen Politikern anberaumt.

Diese Bestandsaufnahmen fügen sich an die Argumentation aus dem letzten Panel, wonach relative, ökonomische Gleichheit und wirtschaftliche Inklusion Voraussetzung für demokratische Teilhabe auf dem Weg zur politischen Festigung demokratischer Staaten sind. In der Konsequenz müssen sich afrikanische Staaten wieder mehr wirtschaftspolitischen Spielraum verschaffen. Die durch einen wirtschaftlichen Aufschwung entstehenden Arbeitsplätze würden das omnipräsente Migrationsproblem entschärfen. Der Prozess der seit dem Jahr 2000 verhandelten Freihandelszonen zwischen afrikanischen Staaten und der EU muss verlangsamt werden und die Wirtschaftspartnerabkommen in Einklang mit den Regeln *der African Continental Free Trade Area (AfCFTA)* – der Freihandelszone von 44 afrikanischen Staaten – gebracht werden. Zugleich sollte der Handel mit Ländern wie China, Indien, Brasilien und anderen ausgebaut werden. Die Podiumsteilnehmer erinnerten daran, dass Europa wie auch Nordamerika sich ihrer eigenen Industrialisierungsgeschichte bewusst werden sollten und Afrikas Staaten ähnliche Möglichkeiten zur Entwicklung einräumen sollten.

Ein Hauptproblem viele Staaten Afrikas ist laut Kwame Owino die niedrige Produktivität, vor allem in der Landwirtschaft. Ihre Steigerung ist Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit über die eigenen Grenzen hinaus. Anstehende Transformationen müssen die Produktivität fokussieren und durch internationalen Handel die Diversifikation der Wertschöpfung unterstützen. Demnach verhindern politische Interventionen zugunsten bestimmter Branchen die dringend nötige Transformation. Die AfCFTA hat es sich zur Aufgabe gemacht, marktwirtschaftliche Liberalisierung auf dem afrikanischen Kontinent zu fördern. Grundlegend dafür seien ausreichend Arbeitskräfte, gute öffentliche Infrastruktur, freier Marktzugang und schließlich politische Stabilität.

In der Diskussion wurde vor allem deutlich, dass sich beide Parteien, die Staaten Afrikas auf der einen Seite, sowie die EU auf der anderen Seite, eine Überblicksperspektive verschaffen müssen, um die in Aussicht stehenden win-win-Situationen sowie die Probleme, die dem entgegen stehen zu identifizieren. Eine Verengung des Blickwinkels auf die Migrationsthematik schränkt sowohl Lösungsfindung wie auch strategische Planungen ein.

Alles in allem haben die auf den Podien dargestellten Positionen wie auch die beschriebenen Sachverhalte gezeigt, dass ein starkes politisches Engagement der Europäischen Union wie auch Deutschlands entscheidend zur weiteren Entwicklung der Staaten auf dem afrikanischen Kontinent beitragen kann. Dafür ist das Verstehen über die Sichtweise des Gegenübers von großem Vorteil und kann so die schrittweise Herbeiführung von Lösungen auf regionaler, nationaler wie internationaler Ebene unterstützen. Neben der Betrachtung der Beziehungen als partnerschaftliche, auf Augenhöhe ausgerichtete Kommunikation ist es auch wichtig, die progressiven Kräfte in den Ländern Afrikas zu fördern und so veraltete Strukturen aufzubrechen, die einer breiten, demokratischen Bewegung im Wege stehen. Die Menschen in Afrikas Staaten wollen sich an der Gestaltung ihrer Nationen beteiligen und aktiv daran teilhaben. Zu diesen schwierigen wie wichtigen Schritten auf dem Weg zu demokratischen Gesellschaften leistet die Friederich-Ebert-Stiftung auf verschiedenen Wegen und Kanälen der Kommunikation einen entscheidenden Beitrag, den es weiterhin zu unterstützen gilt.

Die Delegation bedankt sich für Einladung zur Fach- und Planungskonferenz des Afrikareferats der Friederich-Ebert-Stiftung. Die Konferenz und die Gespräche mit den vielen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus staatlichen, zivilgesellschaftlichen und Nichtregierungsorganisationen aus der EU wie auch aus den Ländern Afrikas boten eine einmalige Gelegenheit für wichtige Einblicke in die komplexen Beziehungen zwischen den Staaten Afrikas und Europas, deren internationalen Kontext, wie auch den wichtigen Blick auf die gemeinsame Zukunft.